

One-Pager-Diskussionsentwurf

# Bürgerkapital für die Energie- wende in Rheinland-Pfalz

Guido Dahm

Guido Dahm  
Eduard-Mann-Str. 3  
D-67280 Ebertsheim/Pfalz

Tel. 06359 8 25 77  
Fax: 06359 93 91 90  
E-Mail: [guido.dahm@vwu-rlp.de](mailto:guido.dahm@vwu-rlp.de)  
[www.vwu-rlp.de](http://www.vwu-rlp.de)

Ebertsheim, 14.10.2011

Wird über die Beteiligung der Bürger an der Energiewende gesprochen, kommt einem schnell in den Sinn, Bürgerprojekte zu initiieren und durch kleines Kapital der Beteiligten finanzieren zu lassen. Rheinland-Pfalz verbraucht derzeit 30 Mrd. Kilowattstunden Strom, der bis 2030 durch erneuerbare Energiequellen erzeugt werden soll. Rund 5 Mrd. Kilowattstunden werden bereits erneuerbar erzeugt.

Nach derzeitigen Investitionskosten kann man grob davon ausgehen, dass ein Kilowattstunde Windstrom eine Investition von 1 Euro und ein Kilowattstunde Solarstrom eine Investition von 2 Euro benötigt. Damit ist ein grobes Investitionsvolumen von 30 Mrd. Euro in 20 Jahren verbunden, also rund 1,5 Mrd. Euro pro Jahr. Davon ausgehend, dass eine Eigenkapitalquote von 25 Prozent ausreicht und die restlichen 75 Prozent von den Banken finanziert werden, ist ein jährliches Eigenkapital von grob **400 Mio. Euro** erforderlich und das **20 Jahre lang**.

Kleine Einzelprojekte und größere Genossenschaftsprojekte sind sicherlich überfordert diese Kapitalsummen kontinuierlich einzuwerben. Genossenschaftsmodelle haben den Vorteil, dass sie neben ihrem eigentlichen Zweck, der Errichtung von Energieanlagen auch eine gesellschaftsverändernde Relevanz erfüllen: mehr demokratische Einflussnahme, mehr Identifizierungen und mehr Akzeptanz mit der Energiewende, mehr Mitsprachemöglichkeiten.

Auf der anderen Seite zeigen die Erfahrungen, dass die Vorteile bei Genossenschaftsmodellen erkaufte werden durch hohes ehrenamtliches Engagement im Verwaltungsbereich. Das ist zu begrüßen, ist aber auch immer abhängig von Schlüsselpersonen, die diese Arbeit unentgeltlich auf sich nehmen. Eine marktübliche Vergütung der Genossenschaftsverwaltung kann erst ab einer gewissen Größe erfolgen oder die Genossenschaft wird an bestehende Strukturen wie Energieversorger angegliedert und verliert ein Stück seines Selbstverwaltungscharakters.

Durch das bestehende System der Banken und Finanzdienstleister werden bereits heute bundesweit rund 8 Mrd. Euro Bürgerkapital Jahr für Jahr eingesammelt. Privatanleger investieren in Fondsmodellen hauptsächlich in inländische und ausländische Geschäftsimmobilien rund 3,5 Mrd. Euro, in Schiffsbeteiligungen rund 1,5 Mrd. Euro, in Energiefonds rund 1 Mrd. Euro und den Rest in andere Unternehmensbeteiligungen.

Auf Rheinland-Pfalz umgerechnet bedeutet das, dass jährlich von Privatanleger rund **400 Mio. Euro Bürgerkapital** investiert wird, davon 10 Prozent derzeit in Energieanlagen. Mangels Angebote liegen diese Investitionen in anderen Bundesländern, oder im südeuropäischen Ausland. In Südeuropa ist die Investition in Energieanlagen in der Regel renditestärker, da dort mehr Wind und Sonne vorkommen. Das bestehende finanzielle Engagement der rheinland-pfälzischen Bürger, das über Banken und Finanzdienstleister eingeworben wird, zeigt, dass es den meisten Anleger in erster Linie auf Sicherheit und Rendite ankommt und weniger auf Mitspracherechte und eine Demokratisierung der Energiewende.

Von daher ist es erforderlich auch für diese finanzstarke Zielgruppe Angebote zu erstellen, um das Kapital rheinland-pfälzischer Bürger in Rheinland-Pfalz zu binden. Zu denken wäre beispielsweise an regionalisierte Energiefondslösungen. Werden solche Angebote durch steuerliche Maßnahmen gefördert, um die geringere Rendite gegenüber südeuropäischen Investitionen und den Steuervergünstigungen zu Schiffsbeteiligungen zu relativieren und gleichzeitig das Sicherheitsbedürfnis der Anleger durch lokale und örtliche PPP Modelle gegenüber Geschäftsimmobilien erhöht, kann ein erheblicher Teil des notwendigen Bürgerkapitals für die Energiewende gewonnen werden.